

Rheinsberger Zeitung

Ämliches Veröffentlichungsblatt der Stadt Rheinsberg.



Für die Schriftleitung
verantwortlich
Carl Thumann

Druck und Verlag
G. Thumanns Buchdruckerei,
Rheinsberg

Anzeigen
für dieses Dienstag, Donnerstag und Sonnabend er-
scheinende Blatt werden mit 0,20 Mark für die 5 ge-
haltene Zeitspaltre oder deren Raum berechnet und bis
vormittags 10 Uhr vor jedem Erscheinungstage erbeten.

Nr. 79

Fernsprecher

Dienstag, den 8. Juli 1930.

Nummer 37

36. Jahrgang

— Berlin, den 7. Juli 1930.

Chronik des Tages.

Reichspräsident v. Hindenburg empfing der Reichs-
präsidenten Dr. Brüning zum Vortrag über die politische Lage.
Das Reichskabinett befaßte sich mit der Beant-
wortung der Rancurova-Deuttschrift des französischen Außen-
ministers Briand; im Laufe des heutigen Montags wird
das Kabinett nochmals mit dem Deuttschrift befaßt.
Der Reichstag stimmte dem Votengesetz in zweiter
Lesung zu; die Schlußabstimmung erfolgt im Laufe
des Tages.

Das Ansehen der Unvollständigkeit dreier amerikanischer
Kriegsschiffe in Kiel fanden in Kiel, Bremen und Ham-
burg größere Empfänge statt.
Nach kurzer Pause statten abends sechs pol-
nische Militärflugzeuge Durchflüge über unweitwärtigen Be-
reich ab; die Bevölkerung der Ostmark ist über diese an-
zuwendenden Grenzverletzungen außer höchste erregt und for-
dert energische Abwehrmaßnahmen.

In der Röhde fielen einem Großkreuzer in kurzer
Zeit 20 Bomben auf den Kopf.
In Belgien wurden zwei kommunistische Abge-
ordnete während einer Ausschüßtagung aus dem Saal
verworfen.

Durch Großkreuzer wurden in einer rumänischen
Stadt etwa 250 Häuser zerstört.

Die Regierung verhandelt

— Berlin, 7. Juli.

Das Schwerkriegsamt der Verhandlungen über die
Veränderung des Defensivprogramms hat sich heute
auf dem Reichstag verlagert. Am heutigen Montag be-
gann das Plenum die zweite Lesung des Haushalts des
Reichsanwaltschaftsministeriums und in Verbindung damit
die Beratung der neuen Steuer- und Finanzge-
setze. Gleichzeitig sind weitere Besprechungen des
Kabinetts mit den Führern der Regierungsparteien
abgehalten.

Eine Mehrheit für die Vorlagen der Reichs-
regierung ist im Reichstag gegenwärtig noch nicht vor-
handen. Das wäre auch dann der Fall, wenn die Hin-
denburg dem Kabinett Brüning folgenden Parteien gefolgt
wäre: die Regierungsparteien, die Zentrumspartei, die
Reichspartei und die Regierungspartei. Die Opposition
besteht aus den Sozialdemokraten, den Kommunisten,
den Nationaldemokraten, den Bauernpartei, den
Reichspartei und den Sozialdemokraten. Die Regierungsparteien
sind durch die Opposition durch Teile der Opposition
aufgeweckt. Doch hinsichtlich des Verhältnisses der Oppo-
sition sind das für die Regierung Sorgen für morgen;
denn handelt es sich vorerst darum, die Regierungsparteien
auf ein Programm zu verpflichten.

In parlamentarischen Kreisen betrachtet man die
Tätigkeit der Reichsregierung nach der Verabschiedung der
Defensivgesetze durch den Reichstag — deren entschei-
dende Teil dort mit 56 gegen 9 Stimmen angenom-
men worden ist — als etwas günstiger als bisher.
Man nimmt, daß die Führer der Regierungsparteien
ihren bisherigen Vorgesprächen mit dem Kanzler
Brüning abweichenden Standpunkt gegenüber den
Defensivvorlagen einnehmen werden.

Die Regierungsvorlagen haben zwar im einzelnen
noch im Lager der Regierungsparteien Bedenken
erregt und Kritik ausgelöst, aber bei alledem scheint
die Stimmung zu bestehen, über die Meinungsver-
schiedenheiten hinweg zu einer Einigung zu kommen.
Der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei,
der dieser Tage in Berlin tagte, hat kein unbedingtes
Ausgesprochen, vielmehr nur eine Umgestaltung
der Vorlagen gefordert, hinsichtlich des Weges und der
Mittel der Reichstagsfraktion aber freie Hand gelassen.

Möglichkeitweise verdrängen sich die von einzelnen
Regierungsparteien gegebenen Anregungen in den
nächsten Tagen zu einem Kompromißvorschlag,
das heißt Defensivprogramm etwas abmildern
und die Erfüllung dieser oder jener Forderung im
Zentrum garantieren soll. Im Vordergrund des Interesses
steht dabei die Verknüpfung der Frage, ob weitere
Veränderungen an dem Entwurf möglich sind, und ob die Bestim-
mungen über die Reichsflotte nicht zugunsten der Ver-
weigerung der für Witten und Barmen abgedruckt
werden können. Daneben ist auch erneut von der
Einbringung eines Beitrags zu den Verwaltungskosten der
Gemeinden in Form einer Kopfsteuer die Rede.

Klar gegen das neue Defensivprogramm hat sich
auch die in Opposition stehende Reichstagsfraktion
Deutschnationaler Volkspartei ausgesprochen.
Das Schicksal der Regierungsvorlagen im Reichs-
tag ist also, obwohl von allen Seiten Verfüngungs-
möglichkeiten an den Tag gelegt und Reichstagsdeputierten
in vielen Parteien nicht gewünscht werden, letzten
Endes doch noch ungewiß. Endgültigkeit wird sich daher
nicht ergeben lassen, wenn die Beratung des Defensiv-
programms im Ausschüß erkennen läßt, wohin die
Entscheidung steht. Es ist, daß das Reichskabinett auch
bei der Ablehnung seiner Vorlagen durch den Reichs-
tag im Amt bleiben. Neumanns ausschreiben und
Finanzgesetze selbst im Wege der Notverordnung
erlassen werden.

Ungeklärt ist noch, ob die Reichsregierung dem
Reichstag die Entscheidungsfreiheit über jedes einzelne
Gesetz mahnen oder ob sie die Steuerentwürfe mit
anderen, noch nicht erledigten Gesetzen zu einem ein-
heitlichen Ganzen zusammenfassen will. Wie in par-
lamentarischen Kreisen verläuft, ist der Gedanke auf-
gegriffen, die Steuerentwürfe mit dem Osthilfege-
setz und den Vorlagen über die Reform der Sozialver-
sicherung zu verbinden. Die Reichsregierung geht da-
bei davon aus, daß der Ausgleich des Haushalts die
Voraussetzung für alle weiteren Maßnahmen ist; die
Opposition dagegen betont die Verschiedenheit der ein-
zelnen Gesetze und erblickt in einem „Junctim“ einen
ungünstigen Druck und eine Behinderung ihrer Ent-
scheidungsfreiheit.

Deutschlands Antwort an Paris

Reichskabinett prüft die Rancurova-Deuttschrift.
— Brünning bei Hindenburg.

— Berlin, 7. Juli.

Reichspräsident von Hindenburg empfing den
Reichskanzler Dr. Brüning und nahm einen Vortrag
über die politische Lage entgegen.

Unter dem Vorsitz des Kanzlers fand sodann
eine neue Kabinettsitzung statt. Das Reichskabinett
verabschiedete den Entwurf eines Gesetzes zur Ver-
einfachung der Marktverhältnisse für deutsche landwirt-
schaftliche Erzeugnisse (Handelsklausengesetz, Stan-
dardifizierungsgesetz) und des weiteren den Ent-
wurf des Gesetzes betreffend Aufhebung des Reichs-
ausgleichsamts.

Alsdann nahm das Reichskabinett den Bericht
des Reichsanwaltschaftsministers über die beabsichtigte Beant-
wortung des Briand'schen Memorandums über den
europäischen Staatenbund entgegen. Die Besprechung
darauf wird Montag abend fortgesetzt.

Hoersch bei Briand.

Besprechungen über die Saarfrage. — Vertagung der
Konferenz noch für einige Woche zu erwarten.

Der deutsche Botschafter in Paris, Herr von
Hoersch, hatte eine längere Unterredung mit dem
französischen Außenminister Briand. Von antistischer
Seite beschränkt man sich darauf, mitzutteilen, Bots-
chafter Hoersch habe mit Briand verschiedene schwebende
Fragen der Außenpolitik erörtert. Die französischen
Zeitungen wollen darüber hinaus wissen, daß auch die
„peinlichen Zwischenfälle bei der Räumung“ — gemeint
sind wohl die Demonstrationen gegen die Separatisten
— behandelt worden sind.

Wie wir dazu von unterrichteter Seite erfahren,
drehte sich der Inhalt des Botschafters von Hoersch
bei Briand ausschließlich um die Saarfrage. Man
nimmt jetzt an, daß die deutsch-französische Saar-
konferenz, die seit Monaten nicht leben noch sterben kann,
noch in dieser Woche bis zum Herbst vertagt werden
wird. Die Interzessionschritte sollen weiter in Tätigkeit
bleiben.

Am Mittwoch werden der französische Minister-
präsident Lardieu, der Minister des Auswärtigen
Briand und der Leiter der französischen Abordnung
für die Saarfrage, Minister Benoit, vor dem
Auswärtigen Ausschüß des Senats über den Stand der
Saarverhandlungen Bericht erstatten.

Bemerkenswert ist noch eine Mitteilung der Pariser
Zeitung „Journal“, nach der hinsichtlich des Wertes
der Saarverträge zwischen der deutschen und der fran-
zösischen Schöpfung eine Differenz von 1:10 besteht.
Vielmehr äußert sich der „Journal“, nach dem die bisher
gemachten Vorschläge noch nicht einmal eine Verhand-
lungsrunde abgeben hätten.

Amerikanischer Flottenbesuch.

Ein umfangreiches Flottenprogramm. — Empfang in
Hamburg und Bremen.

— Kiel, 7. Juli.

Aus Anlaß des gegenwärtig in Kiel weilenden
Gefahrwassers der Vereinigten Staaten, bestehend aus
den Linienschiffen „Arkansas“, „Florida“ und „Utah“,
fanden in Kiel große Feiern sowie offizielle Empfänge
in Hamburg und Bremen statt. Es ist das erste Mal,
daß eine größere Einheit der amerikanischen Flotte den
deutschen Gewässern einen Besuch abstattet.

Bei der Einfahrt der Großkampfschiffe in den
Kieler Hafen hatten sich an den Förde-Ufern zahlreiche
Schaulustige eingefunden, die den amerikanischen Gästen
einen freundlichen Empfang bereiteten. Die Mann-
schaften der im Hafen liegenden deutschen Kriegsschiffe
„Schleswig-Holstein“, „Seydlitz“, „Königsberg“ und

„Köln“ hatten Aufstellung an Bord genommen. Nach-
dem beim Passieren von Friedrichsdrort mit der dortigen
Salutbatterie der Landesflotte ausgetauscht worden war
und die Schiffe an den Bojen festgemacht hatten, begab
sich der amerikanische Generalstabschef in Hamburg, Kehl,
an Bord der „Arkansas“, um dem Reichswehrchef,
Admiral Cluverius, seinen Besuch zu machen.

Admiral Cluverius besuchte den Chef der Ma-
rineleitung der Flotte, Admiral Hansen, den Oberprä-
sidenten von Schleswig-Holstein, Kießig, den Oberbürger-
meister von Kiel, Dr. Finken, und den stellvertre-
tenden Flottenchef Konteradmiral Joerker.

Englische Kriegsschiffe in Danzig.

Auf der Rede von Reichswehrminister Graf ein eng-
lisches Kriegsschiffgeschwader, bestehend aus dem Kreuzer
„Centaur“ und vier Zerstörern, zu einem mehrtä-
gigen Besuch ein. Der Kommandant des Geschwaders
statterte dem Präsidenten des Senats einen Besuch
ab, den dieser kurz darauf auf der Rede erwiderte.
Bei diesem Gegenbesuch löste der englische Kreuzer für
die Danziger Flotte den üblichen Salut von 21 Schüß.

Selbsthilfe der Landwirtschaft.

Telegrammwechsel der Genossenschaften mit Hindenburg
und Brüning.

Zum Schluß der Stuttgarter Tagung des Einheits-
verbandes der landwirtschaftlichen Genossenschaften
sandte das Präsidium des Reichsverbandes folgendes
Telegramm an den Reichspräsidenten von Hindenburg:

„Die zu Ihrer ersten Tagung in Stuttgart ver-
sammelten geeinten deutschen landwirtschaftlichen Ge-
nossenschaften erneuern dem Herrn Reichspräsidenten
das Gebetswort der Verehrung und Treue.“

Von dem Gefühl der engen Verbundenheit der
deutschen Wirtschaftskräfte durchdrungen, bekunden die
Genossenschaften den einmütigen Willen, ihre ganze
Kraft für die Erfüllung ihrer Aufgaben einzusetzen
und durch äußerste Selbsthilfe der Landwirtschaft zur
Überwindung der erlittenen Not der deutschen Bauern-
tums beizutragen.

Sie danken dem in vorbildlicher Pflicht-
treue das Wohl des Landes währenddem Herrn Reichs-
präsidenten für seine verständnisvolle und besorgte
Pfleger des wichtigsten Wirtschaftslandes und sind gewiß,
auf die Förderung ihrer Zukunftsaufgaben von höchster
Stelle rechnen zu dürfen.“

Reichspräsident von Hindenburg erwiderte die
Grüße der Genossenschaften und nahm mit lebhafter
Befriedigung die Bekundung des Willens entgegen,
durch äußerste Selbsthilfe der Landwirtschaft an der
Überwindung der erlittenen Not der deutschen Landwirt-
schaft mitzuwirken.

Am Reichskanzler Dr. Brüning ging folgen-
des Telegramm:

„Die geeinten deutschen landwirtschaftlichen Ge-
nossenschaften danken Ihnen für die Wahrung der
Lebensnotwendigkeiten des Bauernstandes und sprechen
die Hoffnung auf einen weiteren sachgemäßen
Ausbau des landwirtschaftlichen Schutzes
durch die Reichsregierung aus. Die Genossenschaften
werden nichts unterlassen, um die staatlichen Maßnah-
men durch reifliche Entfaltung der eigenen Kräfte der
Landwirte nachdrücklich zu unterstützen.“

Auch der Reichskanzler erwiderte das Telegramm
des Reichsverbandes deutscher landwirtschaftlicher Ge-
nossenschaften.

Rundschau im Auslande.

* Im Zusammenhang mit dem Uebergang zur reinen
Goldwährung will die Schweiz den Umfang der silbernen
Kilofrankenstücke verkleinern; diese Stücke sollen in Zu-
kunft als Scheidemünze gelten.

* Die schiffen Behörden haben die Einfuhr deutscher
Kirchen nach England und Wales verboten.

* Der Präsident der Vereinigten Staaten, Hoover, un-
terzeichnete die Verordnung, durch die der Verkauf der Volk-
sche-Intimabeln vollzogen wird.

Beleuchtungsstand in Australien.

* Eine englische Kommission hat festgestellt, daß zwei
ehemalige Premierminister des australischen Staates Lauen-
sland der Korruption schuldig sind, da sie bei der Verleite-
rung von Verwertern 810.000 Mark Beleuchtungs-
gelder geteilt haben sollen.

Columbia hat wieder einen Schillerparl.

* Der Stadtrat von Columbia (Ohio) hat einstimmig
den Beschluß gefaßt, dem „Washington-Parl“ seinen alten
Namen „Schillerparl“ wiederzugeben, den man ihm im
Jahre 1917 genommen hatte.